

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Meißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postkontos  
Dresden 1580  
Strohlasse:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 153.

Sonnabend, 2. Juli 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Festes Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Teichgraber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Der neue Plan in Lausanne. Als Schlußzahlung Deutschlands jetzt 4 Milliarden gefordert. Die Abrüstungsbesprechungen in Genf ruhen. Sofortige Aufhebung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz.

### Jetzt vier Milliarden

Die verschiedenen Meldungen über eine geforderte Schlußzahlung Deutschlands in Form von Bonds, in denen Summen von drei bis sieben Milliarden genannt worden waren, erhalten jetzt durch eine Meldung des halbamtlichen französischen Nachrichtenbüros eine bestimmte Form.

Das Büro berichtet aus Lausanne, daß sich am Freitagabend die Hauptgläubiger Deutschlands auf folgender Grundlage geeinigt hätten:

Sobald Deutschland seine Zahlungsfähigkeit wiedererlangt habe, werde der Vorstand der BIZ über die Mobilisierung der vom Deutschen Reich garantierten, schon jetzt der BIZ zu überreichenden Bonds beschließen, die vom Augenblick der Mobilisierung an Deutschland tragen würde. Diese Bonds hätten, sobald eine universelle Regelung des gesamten Schuldenproblems in Frage komme, als festes Angebot an Amerika zu gelten. Der Betrag werde erst heute festgesetzt werden, dürfte sich aber auf vier Milliarden RM belaufen.

Unabhängig davon müsse Deutschland die auf Grund des Hoover-Memorandums gestundeten Young-Annullitäten zahlen. Deutschlands Gläubiger würden sich wahrscheinlich ihre Handlungsfreiheit vorbehalten für den Fall, daß die amerikanische Regierung am 15. Dezember die Wiederaufnahme der Schuldentilgungen fordere.

### Die Verhandlungen der Gläubigermächte am Freitag abend.

tu. Lausanne, 1. Juli. In den Verhandlungen der Gläubigermächte Deutschlands am Freitag ist nach französischen Mitteilungen eingehend darüber beraten worden, in welcher Weise die Bonds, die die deutsche Regierung als Abschlußzahlung für die Tributleistungen den Gläubigermächten übergeben soll, garantiert und mobilisierbar gemacht werden können, da diese von den Gläubigermächten den Vereinigten Staaten als Abfindung für die interalliierten Schulden angeboten werden sollen. Ferner sei in den Beratungen der Gläubigermächte von neuem der Grundgedanke der unmittelbaren Zusammenfassung zwischen der interalliierten Schuldenfrage und der Reparationsfrage allgemein anerkannt worden, ohne daß jedoch die endgültige juristische Formel hierfür gefunden worden sei. Man wolle auf diese Weise das Risiko einer ablehnenden Haltung der amerikanischen Regierung in der interalliierten Schuldenfrage auf die deutsche Regierung abwälzen. Der Plan der Gläubigermächte war von dem französischen Finanzminister Germain-Martin ausgeht. Von französischer Seite wurde am Abend die Parole ausgegeben, daß jetzt die Verantwortung für die allgemeine endgültige Regelung bei Deutschland liege, und daß von der Annahme oder Ablehnung des gemeinsamen Vorschlages der Gläubigermächte durch die deutsche Regierung das Schicksal der Konferenz allein abhängig sei. Demgegenüber wird auf deutscher Seite nach wie vor die Verbindung zwischen der interalliierten Schulden- und der Tributfrage als juristisch völlig unhaltbar und für Deutschland nicht annehmbar abgelehnt, da die Tributfrage eine ausschließlich europäische Angelegenheit sei und daher lediglich zwischen den europäischen Mächten behandelt werden könne.

### Um die Entscheidung über den Vorschlag der Alliierten.

tu. Lausanne, 1. Juli. Die deutsche Abordnung hat am Freitag bis in die Nachtstunden hinein in fortlaufender telephonischer Verbindung mit Berlin gehalten, um das Kabinett über den Vorschlag der Alliierten in der Tributfrage zu unterrichten. Es besteht in Kreisen der Abordnung die Auffassung, daß die endgültige Entscheidung nur vom Gesamtkabinett, nicht jedoch lediglich von den in Lausanne anwesenden Kabinettsministern gefaßt werden kann.

Der Reichsaussenminister von Neurath, der am Freitag nachmittag an den Vollversammlungen des Völkerbundes für den japanisch-chinesischen Streitfall teilnahm, wurde telephonisch aus der Sitzung geholt und begab sich sofort

im Automobil nach Lausanne zurück, um an den Beratungen der Abordnung über den Gläubigervorschlag teilzunehmen.

Am Sonnabend werden zunächst noch längere Verhandlungen zwischen den Gläubigermächten stattfinden, da die Endsumme sowie die juristische Formel über den Zusammenhang zwischen den alliierten Schulden und der Tributfrage noch nicht feststeht und in diesen Fragen noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gläubigermächten bestehen.

### Die Vormittagsbesprechungen in Lausanne.

Lausanne. (Zuspruch.) Herriot ist heute früh nach Lausanne zurückgekehrt, um an der heutigen Vormittags-Sitzung des Büros teilzunehmen, die den gestern ausgearbeiteten Vorschlägen die definitive Fassung geben soll. Herriot hatte bereits vor Beginn der ursprünglich auf 10 Uhr anberaumten Zusammenkunft eine Besprechung mit Mac Donald. Mit Rücksicht darauf ist die Sitzung auf 11 Uhr verlegt worden. Reichsaussenminister Freiherr von Neurath wird um 12 Uhr MacDonald einen Besuch abstatten.

### Die deutsche Einstellung zur Tributfrage unverändert.

Berlin. (Zuspruch.) In den Lausanner Berichten über den neuen Vorschlag zur Regelung der Reparationsfrage wird von hiesiger zuständiger Stelle erklärt, daß deutscherseits irgend eine Mitteilung dazu nicht gemacht werden kann, ehe nicht der Vorschlag offiziell bekanntgegeben wird. An der grundsätzlichen Einstellung Deutschlands, keinerlei Tributleistungen zu leisten, hat sich nichts geändert. Gedächtnis von einer beabsichtigten Kabinettsitzung in Freiburg werden auch in hiesigen unterrichteten Kreisen als unzutreffend bezeichnet.

### Die französische Presse zu den Vorschlägen.

Paris. Die Morgenblätter beschäftigen im großen und ganzen die bereits veröffentlichte Meldung der Davos-Agentur über die von den Gläubigermächten gestern ausgearbeiteten Pläne. Sie stellen jedoch gleichzeitig fest, daß der Abkommensentwurf, der der deutschen Delegation unterbreitet werden soll, noch nicht vollständig abgeschlossen ist und seine endgültige Form erst erhalten wird, wenn Ministerpräsident Herriot und der britische Schatzkanzler Chamberlain heute in Lausanne eingetroffen sein werden. Ueber die Summe, die man zu fordern gedenkt, scheinen noch Unklarheiten zu bestehen.

Der Berichterstatter des Petit Parisien hebt hervor, daß der Abkommensentwurf bestimmte Garantien vorsehe, damit der Wert der von Deutschland an die internationale Zahlungsbank auszubühnenden Bonds nicht beispielsweise durch eine extensive Anleihepolitik gefährdet werde. Als möglicher Zinssatz für diese Bonds werden vom Berichterstatter des Echo de Paris 5 Prozent genannt.

Eine weitere Schwierigkeit scheint sich über die Frage der Formulierung der Sicherheitsklausel für den amerikanischen Gläubigeranspruch zu erheben. Ein Konferenzmitglied hat dem Echo de Paris zufolge angeregt, die Gläubigermächte könnten das Abkommen unterzeichnen, aber durch ein Gentlemen agreement bestimmen, daß es erst, wenn die Washingtoner Politik in der Schuldenfrage feststehe, ratifiziert werde.

Nach Matin wird die Sicherheitsklausel lauten, daß die in Lausanne getroffene Vereinbarung revidiert werden könnte und die Gläubiger Deutschlands ganz oder teilweise die Deutschland bewilligten Vorteile freieren würden, wenn Amerika später seinen Gläubigeranspruch an Europa ganz oder teilweise zu annullieren ablehne.

Die Blätter, die gestern nachdrücklichst von einer gemeinsamen französisch-englischen Front gesprochen haben, glauben heute feststellen zu können, daß nach den gestrigen Verhandlungen nunmehr eine gemeinsame englisch-französisch-italienisch-belgisch-japanische Front bestehe.

### Polnisches Memorandum in Lausanne.

Lausanne. Die polnische Delegation übergab Mac Donald gestern ein Memorandum, das sich neben der Reparationsfrage als solcher eingehend mit der weltwirtschaftlichen und der besonderen wirtschaftlichen Lage der öst-

lichen und südöstlichen europäischen Mächte beschäftigt und bestimmte Anregungen enthält.

Das Büro der Konferenz hat beschlossen, Ungarn und Bulgarien einzuladen, Delegierte nach Lausanne zu entsenden.

### Die Abrüstungsbesprechungen in Genf vorläufig eingestellt.

tu. Genf, 1. Juli. Die Abrüstungsbesprechungen zwischen den Abordnungen der großen und kleinen Mächte, die in den letzten Tagen in beschränktem Umfang wieder aufgenommen waren, sind jetzt gänzlich eingestellt worden, da sie, wie von aut unterrichteter Seite verlautet, namentlich zwischen Amerikanern, Engländern und Franzosen zu keiner Einigung geführt haben. Französische Kreise veruchen den Engländern die Schuld anzuschreiben, da die Engländer angeblich verlangt haben sollen, daß bei der künftigen Behandlung des Hoovervorschlages zunächst die Abschnitte über die Effektivbestände und dann erst die anderen Abschnitte behandelt werden sollen, mit denen bekanntlich die Engländer nicht einverstanden sind und zu denen sie einen eigenen Plan im Einverständnis mit den Dominantenmächten eingereicht haben. Franzosen und Amerikaner sollen diesen englischen Plan für die Verhandlungen abgelehnt haben und zwar die Amerikaner, da sie ihre Vorschläge als Ganzes behandelt wissen wollen, die Franzosen, da ihnen gerade der Effektivvorschlages unangenehm ist und sie auf keinen Fall diesen Teil des Hooverplans den anderen Abschnitten namentlich dem über die Seeerückungen, vorziehen wollen. Vor den auf den 5. Juli anberaumten Sitzungen des Büros der Konferenz dürfte sich somit in der Abrüstungsfrage in Genf kaum etwas Entscheidendes ereignen.

### Neurath in Genf

Reichsaussenminister von Neurath besuchte gestern die deutsche Abrüstungsdelegation in Genf. Botschafter Radolin gab ein Frühstück, an dem u. a. Henderson, Gibson, Sir John Simon, Robinsone und Litwinow teilnahmen. Freiherr von Neurath konnte seine ursprüngliche Absicht, an der außerordentlichen Völkerbundversammlung teilzunehmen, nicht ausführen, da er am frühen Nachmittag wieder nach Lausanne zurückkehren mußte.

### Aufhebung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz.

Berlin. (Zuspruch.) Ausgehend von dem entschlossenen Willen, die katastrophale Lage der häuslichen Versorgungswirtschaft erträglich zu gestalten und damit den wichtigsten Faktor des auch für die Industrie unentbehrlichen und entscheidenden Binnenmarktes wieder zu stärken, hat die Reichsregierung als ersten Schritt die sofortige Aufhebung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz beschlossen, die seinerzeit unter ganz anderen Verhältnissen geschaffen waren. Ein Eingreifen gerade bei diesen Produkten erschien insbesondere deshalb erforderlich, weil die Einfuhr von Speck und Schmalz in letzter Zeit stark anhielt und dadurch die Verwertung der deutschen Schweinebestände immer mehr beeinträchtigt wurde. Irrendwelse Verformungsschwierigkeiten werden nicht eintreten, da die deutsche Landwirtschaft jederzeit den deutschen Bedarf zu tragbarem Preis decken kann.

Für Speck und Schmalz gelten nunmehr während der Dauer des deutsch-schwedischen Handelsvertrages die in diesem Vertrag festgelegten Zollsätze.

Berlin. (Zuspruch.) Zu der Aufhebung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz erfahren wir aus Kreisen des Reichsernährungsministeriums, daß die bisherigen Zwischenzölle bei Speck 14 Mark und bei Schmalz 8 Mark für den Doppelpentner betragen. Durch die jetzt vorliegende Verordnung treten die Zollsätze des deutsch-schwedischen Handelsvertrages wieder in Kraft, die für Schmalz 10 Mark und für Speck 20 Mark je Doppelpentner betragen.

Schützenplatz Riesa.

Sonnabend, Sonntag, Montag den 2., 3. und 4. Juli 1932 großes öffentliches Volksfest veranstaltet von der Fechtchule Riesa. Preisschießen, Freischießen, Große Schweine-Lotterien, Reitschulen u. Radfahren, Riesen-Tanzsalon. An allen 3 Tagen öffentl. Tanz. Unten d. Linden gr. Garten-Freikonzert.

Montag abend Gratis-Geschenk-Verlosung.

Ergebenst ladet ein . . . . . der Gesamtverband